

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Wegründer 1856

Abgabe für bei täglich normaler Zustellung monatlich 3,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für Trägerlohn), durch Vorbestellung 3,40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Vorbestellung ohne Trägerlohngebühren bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Deutschlands 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm breite Seite 25 Pfg., für außerhalb 40 Pfg. Hauptanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklamenseite 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertenegebühren 50 Pfg. Unzumutbare Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Leopold & Reichardt, Dresden, Postfach - Nr. 1048 Dresden Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung (Dresden, Kadstr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht anstandslos

Ruhiger Verlauf der Festtage

Kleinere Störungsversuche in Berlin

Berlin, 26. Dez. Tagelang hatten die Kommunisten die Erwerbslosen aufzuheben versucht, am Heiligen Abend Demonstrationen zu veranstalten, hauptsächlich durch den Westen Berlins, zu veranstalten. Dieser Versuch ist durch den vorübergehenden Maßnahmen der Polizei in vollem Umfang gescheitert. Lediglich an einigen Punkten der Stadt rotteten sich kleinere Gruppen von Erwerbslosen zusammen, die jedoch von der Polizei schnell gesprengt werden konnten. So mußte die Polizei am Frühabend am Wedding, in der Chaussee, der Friedrich- und an der Ecke Friedrich- und Leipziger Straße eingreifen. Bis 9 Uhr abends wurden 21 Personen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zwangsgeführt und der Abteilung 1A des Polizeipräsidiums eingeliefert. Um 8 Uhr abends wurde der größte Teil der Polizeibereitschaft eingesetzt. Es blieben nur verstreute Streifen zu Fuß und in Schnellwagen im Dienst, die auch während der ganzen Nacht die am meisten gefährdeten Punkte streng überwachen. Die Heide der Kommunisten hatte nur zur Folge gehabt, daß mehrere tausend Schutzbeamte an vielen Punkten der Stadt in Einreihsbereitschaft gehalten werden und die Straßen durchstreifen mußten. Unter den Bereitschaften der Schutzpolizei befanden sich viele Beamte, die während der letzten Monate keinen freien Tag gehabt hatten und nun auch am Weihnachtsabend noch nicht die wohlverdiente Ausspannung finden konnten.

Am ersten Weihnachtsfeiertag ereignete sich während des vorläufigen Festgottesdienstes im Berliner Dom ein aufregender Zwischenfall. Der Währbräuer „Evangelist“ Fritz Schulz, der dem Gottesdienst beiwohnte, warf plötzlich einen Tannenbaum mit den Worten „Heidnische Land, weg mit dem Baum!“ um. Der Anwesende wurde sofort aus dem Dom geschafft und der Polizei übergeben.

Berittene Polizei eingesetzt

Wittenberg (Bez. Halle), 26. Dez. Am Heiligen Abend bildete sich hier ein Demonstrationenzug der Kommunisten, der jedoch auf dem Marktplatz mit dem Lieberfallkommando zusammentraf. Verschiedentlich griffen die Beamten mit dem Gummistock ein, und später wurde berittene Polizei eingesetzt; den vereinten Kräften gelang es dann schnell, den Demonstrationen ein Ende zu machen.

Verkehrsstörungen in Hannover

Hannover, 26. Dez. Im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung fand hier trotz des Demonstrationenverbots ein Umzug von Erwerbslosen statt. Dadurch wurde der Verkehr in zwei Hauptstraßen stillgelegt, so daß die Polizei mit dem Gummistock vorgehen mußte.

Störung einer Christmessen

München, 26. Dez. In Pasing, etwa acht Kilometer westlich von München, hatte der dortige katholische Stadtpfarrer einen kommunistischen Drohbrief erhalten, in dem ihm angedroht wurde, man werde ihn während der Christmesse von der Kanzel herunterstürzen. Der Brief wurde der Polizei übergeben, die Beamten in Zivil in die Christmesse entsandte. Während des Gottesdienstes drangen junge kommunistische Burschen mit brennenden Zigaretten in die Kirche ein. Sie wurden aus dem Gotteshaus gedrängt und draußen vom Publikum gehörig verprügelt. In München sind der Heilige Abend und die beiden Feiertage völlig ungestört verlaufen.

1931: Kampf um Preußen

Der Stahlhelm schafft einen Kampffonds

Berlin, 26. Dez. Der Bundesvorstand des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Trotz des nationalen Erfolges des 14. September hat sich erwiesen, daß in diesem zusammenbrechenden System von 1918 das deutsche Schicksal allein partei- und parlamentspolitisch nicht mehr zu meistern ist. In dieser Erkenntnis hat die Stahlhelmführung bereits in Koblenz zum Kampf um Preußen aufgerufen. Der Preußen hat, hat das Reich!

Im Kampf des Stahlhelms um die Freiheit des Reiches und zur Abwehr der drohenden bolschewistischen Revolution werden wir die Auflösung des überständigen und dem Willen des Preußenvolkes nicht mehr entsprechenden Landtages durch ein Volksbegehren erzwingen.

Die Verhandlungen mit den anderen nationalen Gruppen und den Parteien sehen wir fort. Inzwischen wird sich der Stahlhelm zur Durchführung seiner selbständigen Freiheitspolitik einen Kampffonds schaffen. Ohne Opfer kein Sieg!

Hastentlassung Herbert Volds

Miel, 26. Dez. Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat der Straßensanktions-Oberlandesgerichtsrat Kiel den Haftbefehl gegen den im großen Bombenlegerprozess zu Zuchthaus verurteilten Herbert Vold wegen Hastunfähigkeit aufgehoben.

Das Weihnachtsfest in Moskau

Moskau, 26. Dez. Das Weihnachtsfest ist in Moskau sowie in der ganzen Sowjetunion im Zeichen des Kampfes gegen die Religion verlaufen. Alle Betriebe haben am 25. und 26. Dezember wie üblich gearbeitet. Trotz der Heide gegen das Weihnachtsfest waren am Abend sämtliche Kirchen in Moskau überfüllt. Die Behörden hatten jedoch den Sängern der Staatsoper verboten, in den Kirchen zu singen. In Moskau haben am Heiligabend etwa hundert antireligiöse Versammlungen stattgefunden, in denen

Hungaria Budapest schlägt DGE. 5:2 vor über 10 000 Zuschauern!

Ausführlicher Bericht mit Bildern auf Seite 8

die Vertreter der kommunistischen Partei zum Kampf gegen die Religion aufforderten und die weitere Schließung von Kirchen verlangten. Im Auftrage des Zentralkomitees der kommunistischen Partei sprach Jozso Lawski, der die europäischen Kirchen beschuldigte, einen neuen Krieg gegen Moskau zu organisieren. — In Moskau und Peningrad wurden zu Weihnachten zwei religionsfeindliche Ausstellungen eröffnet.

Stalins neue Männer

Moskau, 26. Dez. Der Volkskommissar der U. S. S. R. beauftragte die neue Zusammenlegung des Rates der Arbeit und Verteidigung. Vorsitzender: Molotow. Stellvertretende Vorsitzende: Rudjutak, Kuzbyschew, Andrejew. Mitglieder: Stalin, Ordzhonikidze, Boroschilow sowie der Ackerbauminister der U. S. S. R., Jakowlew, der Finanzkommissar der U. S. S. R., Glinko, der Völkererziehungskommissar der U. S. S. R., Mikojan und der Direktionsvorsitzende der Staatsbank, Kalmanowitsch.

Rußland als „Arbeiterparadies“

Moskau, 26. Dez. Das Arbeitskommissariat erließ zwecks Erhöhung der Arbeitsleistung neue Verordnungen, durch die strengste Disziplin in der Arbeitstätigkeit erreicht werden soll. Arbeiter, die die Disziplin systematisch verletzen, werden künftig strafflos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen sechs Monate in keinem anderen Betrieb beschäftigt werden. Wenn die Verletzung der Disziplin in böser Absicht geschieht, werden die Arbeiter strafgerichtlich zur Verantwortung gezogen. Falls ein Arbeiter die Arbeitsleistung nicht rechtzeitig davon unterrichtet, daß ein durch ihn hergestelltes Erzeugnis untauglich ist, verliert er den Anspruch auf Lohnauszahlung.

Diese draconische Verordnung ergänzt die frühere, die einen freiwilligen Wechsel der Arbeitsstelle verbietet, und wurde erlassen, um die mögliche Beschleunigung des Tempos der Erfüllung des Fünfjahresplanes durchzuführen, die durch das Plenum des Volkszugausschusses der Partei gebilligt wird.

Severing belohnt

Die entlassenen thüringischen Polizeibeamten in Preußen aufgenommen

Berlin, 26. Dez. Der Berliner Lokalanzeiger meldet: Der Polizeihauptmann Schüler, der von der thüringischen Regierung wegen schwerer Verletzung der Amtsvorschriften strafflos entlassen worden war, ist von Severing bei der preussischen Schutzpolizei als Polizeihauptmann angestellt worden. Auch der Kriminalkommissar Maas, auf dessen unbillige Aussagen gegen den Oberbürgermeister Janson (Eilenach) und den Minister Dr. Frid sich der „Vorwärts“-Artikel stützte, mit dem der Vorstoß Severings gegen Thüringen eingeleitet wurde, ist seit längerer Zeit Kriminalkommissar in Berlin. Es gibt noch eine Reihe weiterer Fälle, in denen Beamte, die sich in Thüringen sogar unter der sozialdemokratischen Herrschaft nicht halten konnten, in Preußen unterkamen.

Prinz Antoine d'Orléans gestorben. In Paris ist ein Enkel des Königs Louis Philippe, Prinz Antoine d'Orléans, Herzog von Galliera, Infant von Spanien, gestorben. Seine Leiche wird nach Spanien übergeführt und dort in der Königsgruft beigesetzt werden.

Major Franco geht nach Frankreich. Der nach Portugal geflüchtete spanische Flieger Major Franco wird sich mit dem Dampfer „Oubert“ zunächst nach Frankreich begeben.

Reichsdank an Oberschlesien - 100000 Mark-Spende

Gleiwitz, 26. Dez. Reichsinnenminister Dr. Wirth teilte in einem Presseinterview mit, daß die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung sich entschlossen haben, zur bevorstehenden Zehnjahrsfeier der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März nächsten Jahres den Oberpräsidenten von Oberschlesien

mit einer Spende von 100 000 RM. anzukommen, um besondere Hilfsmahnahmen kultureller oder sozialer Art als Reichsdank für die Treue der Oberschlesier durchzuführen.

Unter Bezugnahme auf seine kürzliche Oberschlesienreise bemerkte der Reichsinnenminister: Mit großer Freude habe ich in Oberschlesien erneut feststellen können, wie stark das Gefühl der Treue und Zusammengehörigkeit ist. Aus dieser Treue werden auch die besten Zukunftsmöglichkeiten für dieses hart geprüfte und gefährdete Grenzland erfließen. Zuversichtlich glaube ich die Hoffnung auszusprechen zu können, daß diese Treue zum Reich und unter aller Zusammengehörigkeitsgefühl, unterstützt durch die von der Reichsregierung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen, in baldiger Zukunft ein friedliches Wiederanblühen und Gedeihen Oberschlesiens im Gefolge haben werden.

Schulraub der Polen in Oberschlesien

Biala, 26. Dez. Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, plane das Schulinspektorat von Biala einen Vorstoß gegen die deutsche Volks- und Bürgerschule. Diese sollte in eine polnische Lehranstalt umgewandelt werden. Die bisherigen deutschen Klassen sollten dagegen in anderen Gebäuden untergebracht werden. Diese Neuregelung soll mit dem Schulbeginn im neuen Jahr vorgenommen werden.

Der angekündigte Vorstoß ist nunmehr erfolgt. Der Ortschulrat beschloß, die Schule so zu teilen, daß einige deutsche Klassen im Stadtwerkhofbau des Feuerwehrdepots, andere im Gebäude des polnischen Schulvereins untergebracht werden, während die restlichen fünf deutschen Schulklassen vorerst noch in dem Gebäude belassen werden.

Diese Verfügung widerspricht allem verbrieften Recht.

Das Schulgebäude ist von den Deutschen mit deutschem Geld errichtet worden, und es ist urkundlich festgelegt, daß das Gebäude, das der katholischen Pfarrgemeinde gehört, nur so lange zu Schul- und Unterrichtszwecken zur Verfügung gestellt wird, als die Unterrichtssprache die deutsche ist.

Der Sieg Thüringens gegen Wirth

Weimar, 26. Dez. Der „Thüringer Landbund“ nimmt in seiner neuesten Ausgabe zu dem Vergleich zwischen Thüringen und dem Reich im Polizeistreit Stellung und stellt fest, daß der Vergleich einen vollen Erfolg der Regierung kaum bedeutet. Der Zweck der Klage vor dem Staatsgerichtshof sei voll erreicht worden und die Ehre Thüringens völlig gewahrt. Es ist offensichtlich, so betont das Blatt des Thüringer Landvolkes, daß die Reichsregierung sich von der Unhaltbarkeit des Standpunktes des Reichsinnenministeriums überzeugen mußte. Das Hauptverdienst sei ohne Zweifel dem vom Landbund gestellten Minister Baum zuzuschreiben, der sämtliche Verhandlungen geführt hat. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß Dr. Wirth eine schwere Niederlage erlitten hat und das „Material“ des Reichsinnenministers im Vergleich nicht einmal erwähnt ist. Zwar sei vermieden worden, daß der Staatsgerichtshof sich im förmlichen Verfahren gegen Dr. Wirth ausgesprochen hat, aber die Blockstellung des Dr. Wirth sei damit nicht geringer geworden. Wie sich der Reichsinnenminister und die Reichsregierung mit dieser Tatsache abfinden wollen, werde abzuwarten sein.

Reichsminister a. D. David †

Berlin, 26. Dez. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Reichsminister des Innern Dr. Eduard David ist Mittwoch nachmittag in seiner Wohnung in Jekendorf gestorben. Dr. David war am 11. Juni 1863 in Eßler an der Mosel geboren. Er war zuletzt Gesandter des Reiches in Darmstadt.

Dr. David gehörte schon vor dem Kriege zu den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, in die er noch in der Zeit seiner Gymnasiallehrertätigkeit in Hesse eingetreten war. Seit 1898 beschäftigte sich Dr. David als sozialdemokratischer Schriftsteller besonders mit wirtschaftspolitischen Fragen. Nachdem er von 1906 (bis 1909) ab bereits der hessischen Kammer angehört hatte, wurde er 1908 auch in den Reichstag gewählt, in dem er bis zur Niederlegung seines Mandats im Jahre 1918 eine führende Rolle spielte. Während des Krieges nahm er verschiedentlich an internationalen Verhandlungen teil. Im Kabinett des Prinzen Max bekleidete er (8. Oktober bis 9. November 1918) das Amt eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt. Kurze Zeit war Dr. David auch Präsident der Nationsversammlung. Vom 22. Juni 1919 bis zum 27. März 1920 war er Reichsinnenminister, einige Zeit lang auch Minister ohne Portefeuille. Seit 1920 gehörte er auch wieder dem Reichstage an.